https://gen-ethisches-netzwerk.de/node/1408

Gen-ethischer Informationsdienst

Linke Technologiekritik in Bewegung

Hin zu einer politischen Ökonomie des Körpers

AutorIn
Erika Feyerabend

Lebenswissenschaften und Biotechnologien machen den menschlichen Körper zunehmend zum Feld der Auseinandersetzung um manipulierenden Eingriff und ökonomische Verwertung. Die Kritik an Körperpolitik hat es jedoch schwer, weil diese Entwicklung nicht auf der Liste klassischer sozialer Themen steht.

n den sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte, die sich mit Fragen der Ökologie oder der Gen- und Reproduktionstechnologie beschäftigten, waren immer auch linke AkteurInnen, sozialistische Kritiken an Herrschaftsbeziehungen und Verwertungsbedingungen präsent. Feminismus und Marxismus sind beide aus zentralen gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnissen hervorgegangen. Aber das Verhältnis zwischen ihnen ist ein ambivalentes. Um die Bedeutung der Kategorien „Arbeit und Geschlecht“, „Produktion und Reproduktion“ und ihr Verhältnis zueinander wurde und wird permanent gestritten. Auch über die Fragen des Alltagslebens, welches Gewicht es für politische Analysen und gesellschaftliche Veränderungen hat, besteht ein dauerhafter Dissens. In all diesen Feldern spielen Wissenschaft und Technologie eine überragende Rolle. Ich kann keinen systematischen Weg durch den Irrgarten von politischen Theorien, machtvollen Diskursen oder Metaphern und politischem Handeln bahnen. Mit meiner Biographie, die von sozialen Bewegungen und feministischen Debatten geprägt ist, kann ich keine eindeutigen Hierarchien ausmachen. Es führt kein gerader Weg von einer erklärten oder in Versatzstücken übermittelten politischen Theorie in eine dazugehörige Praxis. Wie ist aber zu erklären, dass in bestimmten Regionen linker Politik, die Wissenschafts- und Technologieverhältnisse wenig Kritik erfahren? Das gilt insbesondere in Hinblick auf unseren Leib und die beständig ausgedehnte Eingriffsmächtigkeit und -tiefe moderner Medizintechnik und Biotechnologien in den menschlichen Körper. Welche Rolle spielen die dominierenden Diskurse, die den „achten Tag der Schöpfung“, das „Ende aller Leiden“, „fehlerlose Kinder“ und eine „utopische Welt der Selbstbeherrschung“ versprechen? Wie bedeutsam ist eine traditionelle politische Praxis, die sich in erster Linie dem Arbeitsplatzerhalt verschrieben hat?

Von Arbeit und Betrieb...

Konstatiert werden kann, dass parlamentarisch vertretende Parteien wie Die Linke, linke Gewerkschafter oder kommunistische Gruppen eher mit der Automobilproduktion als der „Menschenproduktion“ beschäftigt sind. Die Lebenswissenschaften sind kaum ein Thema der Kritik. Wenn Technologie kritisch zur Sprache kommt, dann in Form von „Risiken“, die es zu kalkulieren oder abzuwägen gilt. Erwähnung finden auch Profitinteressen der Produzenten oder aber die mangelnde Verfügbarkeit von Produkten für Bedürftige und

KonsumentInnen. Der Streit um die Kategorien „Arbeit und Geschlecht“, „Produktion und Reproduktion“ und die Politikfähigkeit des Alltags bieten einige Anhaltspunkte, um die Abstinenz in Sachen Technologiekritik zu verstehen. Lange war (und ist auch heute noch) in den klassischen Organisationen der Linken der „Arbeiter“ - männlich, weiß, in der Industrieproduktion tätig und in der Kleinfamilie reproduktiv abgesichert - die Quelle allen Seins. Alltag heißt dann „Arbeitsalltag“, politisch-ökonomische Erkenntnisse finden im „Hauptwiderspruch“ zwischen Kapital und Arbeit statt, politische Praxis im Betrieb. Die Arbeit - als industrielle Warenproduktion mit ihren technischen Produktivkräften und -mitteln, mit ihren sozialen Beziehungen und Hierarchien - gilt als vorrangiges System von Bedeutungen.

... zu den vermeintlichen Nebenschauplätzen

Fortpflanzung, Geschlechterverhältnisse, Körper und die auf sie gerichteten Techniken werden eher als nebensächlich und die Beschäftigung mit ihnen als eine Art Luxus der Frauenbewegung gesehen. Dass Frauen Sexualität und Geschlecht als vorrangige Bedeutungssysteme sehen und sich mit Reproduktion und Gesundheit beschäftigen, hat historische Gründe. Diese Dimensionen des Daseins werden ihnen traditionell zugeordnet. Das ist gefahrvoll. Denn so können die dominierenden Diskurse um’s Frausein erneuert und modernisiert werden. Besonders wenn Teile der Frauenbewegung die Kategorien Geschlecht und Reproduktion weniger politisch, sondern biologisch und „ethisch“ deuten. Wertkonservativen Fraktionen bieten diese Deutungen Landgewinne an. Das betrifft beispielsweise den Diskurs um Abtreibung, die sehr oft als „Tötung menschlichen Lebens“ thematisiert wird, statt Schwangerschaft als biographischen Prozess zu besprechen, den Frauen eingehen oder nicht. Das betrifft die Stammzellforschung, die weithin mit dem Argument, „Embryonen zu vernichten“ kritisiert wird, und weniger mit dem Hinweis, dass Frauen so zu „Produzentinnen“ für biotechnische und bioindustrielle Verwertungen werden sollen. Es ist alles andere als einfach, zwischen den wertkonservativen, auf Lebensschutz und Natur pochenden Meinungsführern, den kursierenden Heilungsversprechen in unbekannter Zukunft und den liberalen, auf Naturumbau orientierten Fraktionen feministisch und/oder links Stellung zu beziehen. Dass die Illusion eines „natürlichen Körpers“ biopolitisch endgültig erschüttert wird und andere Grenzlinien in die Welt gezeichnet werden müssten, das ist innerhalb der feministischen Diskussion umstritten. Gerade weil diese Orientierung fällt, so scheint es, wird sie gerne verteidigt, mit der gefahrvollen Konsequenz, das Verhältnis von „Natur und Frau“ in den alten Herrschaftskategorien zu bestätigen. Linke und feministische Politik bedarf der Einsicht, dass es im Feld Gesundheit und Lebenstechnologien um Megaprofite geht und um die vorläufig endgültige Kapitalisierung des „nackten Lebens“ (Giorgio Agamben), also des physischen Körpers und aller unmittelbar körperlichen Lebensprozesse. Gerade mit den Gen- und Reproduktionstechnologien wird der Warencharakter aller Dinge - eben auch der Körper und ihrer Bedeutung - intensiviert. Wie Donna Haraway schon vor Jahren konstatierte, ist „dieser Vorgang von Anfang an politisch“ 1 und bedarf einer neu zu erfindenden Politik. Verkürzt ist es - aber in linken Kreisen üblich -, nur die Anwendung dieser oder jener einzelnen Technik als „riskant“ (Gentherapie beispielsweise) oder „unethisch“ (Stammzellforschung) zu brandmarken oder als privat-medizinische Entscheidung (Befruchtungstechnologien) zu betrachten, die damit verbundenen Wissenschafts- und Technologieverhältnisse aber weitgehend unberücksichtigt zu lassen.

Eine Politische Ökonomie des Körpers

Zu diesen Verhältnissen gehört ein Forschungssystem, dass auf schnelle Wissens- und Produktentwicklung ausgerichtet ist: Die Grenzen zwischen erkenntnisorientierter und angewandter Forschung, zwischen Wissenschaft und Technologie diffundieren; das theoretische Verständnis von Organismen und Lebensprozessen verarmt weiter; die Entscheidungsstrukturen und Sozialbeziehungen in den Laboratorien sind auf Patentstrategien und beschleunigte Produktion ausgerichtet. In diese Verhältnisse gehören auch mächtige Metaphernsysteme, „literarische Technologien“, die unabdingbar sind, um eine „politische Ökonomie des Körpers“ 2 zu entwerfen. Erst diese befähigt uns, den Warencharakter des Körpers, die reproduktive Produktivität einer Bevölkerung, die sozialen Beziehungen unter ökonomischen, rationalen, effizienten Kategorien zu denken, wahrzunehmen und in einer biopolitischen Gesellschaft zurecht zu kommen. Bei den klassischen Theoretikern der Linken, beispielsweise in den Schriften von Karl Marx, wird

die politisch-ökonomische Erkenntnis als klassengebunden beschrieben. Dass Elemente der Herrschaft auch in die Organismen, in die Körper, in die biologische und gesellschaftliche Reproduktion eingeschrieben sind, ist dort nicht zu lernen. Die linke Praxis klassischer, betrieblicher Politik bot in den letzten Jahrzehnten wenig Anlass, die wichtigen Einsichten der eigenen Theorietraditionen in der biopolitischen Sphäre fruchtbar zu machen. In diese Verhältnisse gehören auch die veränderten Arbeits-, Angebots- und Sinnstrukturen in den Krankenhäusern und Universitätskliniken. Das Gesundheitswesen wird zur Gesundheitsindustrie, die sich längst nicht mehr als reines System der Krankenbehandlung versteht. Auch die „noch nicht kranken“, genetisch oder lebensstilbezogenen Riskanten und die verbesserungs- und verschönerungsbedürftigen PatientInnen oder KonsumentInnen werden beworben. Mit rund 14 Prozent des Bruttoinlandproduktes und ungefähr 4 Millionen Arbeitsplätzen ist die Gesundheitsindustrie der zweitgrößte Arbeitgeber in der Republik. Linke gewerkschaftliche Aktivitäten gibt es - zur Arbeitsverdichtung, zum kritikwürdigen Personalschlüssel, zur Privatisierung von Kliniken. Forschungsbedingungen - beispielsweise klinische Studien von Pharmakonzernen mit fragwürdigen Zielen und finanziell bedürftigen StudienteilnehmerInnen - sind kaum Thema. Präventions- und Screeningpolitik, die Krankheit zu individualisieren und dem Einzelnen schuldhaft zuzuordnen droht, werden nicht problematisiert. Hochtechnisierte Diagnose-Verfahren oder Angebote zur Verhübschung ebenso wenig. In der Logik von Arbeitsplatzsicherung bieten diese Angebote Konkurrenzvorteile und möglicherweise kann die betriebswirtschaftliche Bilanz so aufgebessert werden, dass die Privatisierung der Klinik verhindert werden kann. In manchen Kontexten droht die Rede von „Ethik“ und „Natürlichkeit“, in anderen dominieren veraltete, aus industriegesellschaftlichen Zeiten stammende Analysen und Praxen. Doch ohne eine „politische Ökonomie“ vom Körper, inklusive biopolitischen Institutionen und sozialen Beziehungen werden wir nicht verstehen, wie in der modernen Welt Frauen und Männer neu versammelt werden, in der Arbeit, im „privaten“ Leben oder im Kranksein und Sterben. Das Parlament wird dafür nicht der passende Ort sein. Dort ist Politik in den Grenzen des Bestehenden gefragt. Aber eine Art Resonanzboden für diese notwendigen Debatten könnten unter anderen die Linkspartei oder die Gewerkschaft sein.

- 1Donna Haraway: Monströse Versprechen, Hamburg/Berlin 1995, S. 176.
- 2Michel Foucault: Überwachen und Strafen, Frankfurt/M. 1994, S. 37.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 193 vom April 2009
Seite 19 - 20